

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
18.06.2010

Palmöl-Deklaration über Umwege durchgesetzt

Zur Ablehnung des grünen Antrags "Deklarationspflicht für Palmöl einführen" durch die schwarz-gelbe Koalition erklärt Cornelia Behm:

"Die verheerenden ökologischen und sozialen Folgen der weltweit wachsenden Nachfrage nach Palmöl und der stetigen Ausweitung von Ölbaumplantagen werden in der Bevölkerung sehr kritisch gesehen. Dennoch gibt es bisher für die Verwendung von Palmöl in Lebensmitteln – die immerhin 90 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmacht – keine Nachhaltigkeitsstandards. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich auch nicht gegen Produkte mit Palmöl entscheiden, da diese in der Zutatenliste lediglich als "pflanzliche Öle und Fette" gekennzeichnet werden müssen.

Mit unserem grünen Antrag *Deklarationspflicht für Palmöl* wollen wir diese Missstände ändern. Schwarz-Gelb hat diesen Vorstoß bei den Beratungen im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz jedoch ganz im Sinne von Agrar- und Lebensmittelindustrie abgelehnt. Die Konsumenten sollen nicht in die Lage versetzt werden, schlechten Produktionsmethoden durch einen Kaufstopp die rote Karte zeigen zu können.

Anders entschieden hat sich das Europäische Parlament. Bei den Abstimmungen zur Lebensmittelinformations-Verordnung wurden grüne Anträge zur Ursprungskennzeichnung bei pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen angenommen. Über den Umweg Europa werden die Verbraucherinnen und Verbraucher also demnächst erkennen können, ob sie Margarine aus Palmöl oder aus Sonnenblumenöl kaufen."